für die Soldat*innen in Afghanistan nie gegeben. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bundeswehr eine „Parlamentsarmee“. 12 Milliarden und 156 Millionen Euro, dazu sogenannte Aufbauhilfen und Entwicklungshilfen in Höhe von 430 Millionen Euro, die größtenteils für Militär und Polizei eingesetzt wurde, wurden sinnlos für den Krieg verschwendet.

Abschiebestopp und Offene Grenzen

In Afghanistan gibt es keine Sicherheit für Menschen.Während die Bundeswehr versucht, den Soldat*innen einen sicheren Abzug aus Afghanistan zu sichern, wird von rassistischen Politiker*innen behauptet, es gebe in Afghanistan sichere Gebiete, in die Menschen abgeschoben werden können. Alle Menschen, die aus Afghanistan schon geflüchtet sind und auch diejenigen, die sich hier bei uns in Sicherheit bringen wollen, brauchen ein sicheres und dauerhaftes Bleiberecht. Das ist unsere politische Verantwortung.

Afghanistan ist der Friedhof für Imperialisten und Invasoren

Vor 2300 Jahren scheiterte Alexander der Große daran, Afghanistan zu erobern.
1839 versuchten die Briten das Land zu besetzen und scheiterten. 12.000 Zivilisten, 690 britische und 2840 indische Soldaten und mussten drei Jahre später nach militärischer Niederlage abziehen. Nur der Militärarzt Bryder überlebte den Abzug. 1858 schrieb Theodor Fontane das Gedicht: „Das Trauerspiel von Afghanistan“ dessen letzte Zeile lautet: „Mit 13.000 der Zug begann – einer kam heim aus Afghanistan“.
Von 1979 bis 1989 intervenierte die Sowjetarmee in Afghanistan und musste am Ende erfolglos abziehen. Afghanistan wurde zu einem Sargnagel der Sowjetunion.

Aus dem Afghanistankrieg lernen

Abzug der Bundeswehr aus Mali. Auch dort destabilisiert der Kriegseinsatz eine ganze Region und der Krieg weitet sich auf die Nachbarstaaten im Sahel aus.
Bundeswehr abschaffen. Menschenrechte, Demokratie, Wohlstand und Sicherheit können nicht durch Soldat*innen und Krieg erreicht werden. Der Einsatz von Militär ist keine Geopolitik sondern Kriegsführung und verschlimmert das Elend.
Politiker*innen, die Krieg als Friedensmission deklarieren und sich an der Vorbereitung von Kriegshandlungen durch Zustimmung beteiligen und Krieg als politische Strategie gut heißen sind nicht wählbar.

Deutsche Friedensgesellschaft –
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
www.bundeswehrabschaffen.de